

Entwicklungen & Trends 2012

Naturschutz verstärkt unter Druck

von Heidrun Heidecke, Magnus Wessel und Nicola Uhde

Energiewende und Agrarpolitik waren auch im Jahr 2012 die zentralen Themen, die die Naturschutzpolitik bestimmten. Die Debatte um die Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union nahm weiter Fahrt auf; Ziel ist das Inkrafttreten der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik zum 1. Januar 2014. Die Energiewende, die 2011 durch den Atomunfall in Fukushima endlich in Bewegung gekommen war, bestimmte mit all ihren »Nebenwirkungen« auch im zurückliegenden Jahr die politische Debatte.

Energiewende und Netzausbau: halbherzige Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Verwirklichung der Energiewende war eines der zentralen Themen im Jahr 2012. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist dringend geboten, um wichtige nationale und internationale Klimaschutzziele zu erreichen und die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu verringern. Hierüber besteht ein gesellschaftlicher Konsens, den auch der Naturschutz teilt. Inzwischen werden beachtliche Mengen Strom durch Windenergie, Photovoltaik und Biomasse produziert. Eine deutliche Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz sind aber Voraussetzung für einen Erfolg der Energiewende.

Die möglichen Folgen des Ausbaus erneuerbarer Energien werden von weiten Kreisen der Bevölkerung grundsätzlich durchaus akzeptiert werden. Dies ergab die neue, bundesweit repräsentative Naturbewusstseinsstudie 2011 des Bundesamts für Naturschutz (BfN), die 2012 veröffentlicht wurde.¹ Erst im Detail offenbaren sich die Konfliktlinien: Insbesondere den zu erwartenden Landschaftsveränderungen, unter anderem durch den Bau von Hoch- und Höchstspannungsleitungen und der vermehrten Inanspruchnahme von Wäldern für eine Holzentnahme zur Energieproduktion, stehen 54 bzw. 60 Prozent der Befragten eher kritisch gegenüber (Abbildung 1). Um die zukünftigen Konflikte konstruktiv zu lösen, bedarf es daher umfassender Beteiligungsprozesse und -formen, in denen Politik, Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürger gemeinsam nach Lösungswegen suchen, ohne die Energiewende und die Ziele zum Erhalt der biologischen Vielfalt zu gefährden.

Das bestehende Stromnetz erweist sich zunehmend als Engpass für den Transport des aus erneuerbaren Energien gewonnenen Stroms. Von den Übertragungsnetzbetreibern wurde im Juni der Netzentwicklungsplan vorgelegt. Mit dem Netzentwicklungsplan liegt erstmals ein Gesamtkonzept für die weitere Ausgestaltung der Energiewende in Deutschland zur Diskussion vor.²

**Bevölkerung
will Energiewende ...**

**... und muss stärker
beteiligt werden**

Dieser sieht einen Ausbaubedarf von geschätzten 4 400 Kilometern Hoch- und Höchstspannungsleitungen. Diese Angaben sind jedoch im Hinblick auf die Berücksichtigung möglicher Reduktionseffekte durch Energieeinsparung, Steigerung der Effizienz sowie veränderte Rahmenbedingungen bei verstärkter dezentraler Produktion und Verteilung der Energie umstritten.

Das Verfahren bis zum Beschluss dieses Planwerks erscheint auf den ersten Blick sehr demokratisch, gibt es doch mehrere Beteiligungsphasen für die Öffentlichkeit. Allerdings entsteht nach der ersten Phase der Eindruck, dass die Beteiligung und Diskussion nicht wirklich gewollt sind, denn alle Einwände und Hinweise der Umweltverbände blieben bisher unberücksichtigt. Eine transparente Darstellung durch die Netzbetreiber und später durch die Bundesnetzagentur, wie mit den Stellungnahmen aus den Umweltverbänden und den betroffenen Regionen umgegangen wird, ist dringend geboten. Ein intransparentes, übereiltes Verfahren, bei dem die Bedenken der Öffentlichkeit als Bremsklotz der Entwicklung abgestempelt werden, ist nicht akzeptabel und verspielt die Akzeptanz für die Energiewende.

Im Herbst 2012 hat die Bundesnetzagentur den Untersuchungsrahmen für die Strategische Umweltprüfung (SUP) zum Netzausbauplan vorgelegt. Der von den Verbänden geforderte steuernde Einfluss der Umweltprüfung auf die Erstellung des Netzentwicklungsplans – vor allem die Prüfung von Alternativen – wird klar abgelehnt. Eine Alternativenprüfung sei bei der Erstellung des Szenariorahmens erfolgt oder grundsätzlich nicht zumutbar, heißt es. Außerdem hält die Bundesnetzagentur es nicht für möglich, bei den bereits bekannten Trassen, die verstärkt oder auf denen neu gebaut werden soll, detaillierte Prüfungen durchzuführen. Beides wird von den Verbänden stark kritisiert.

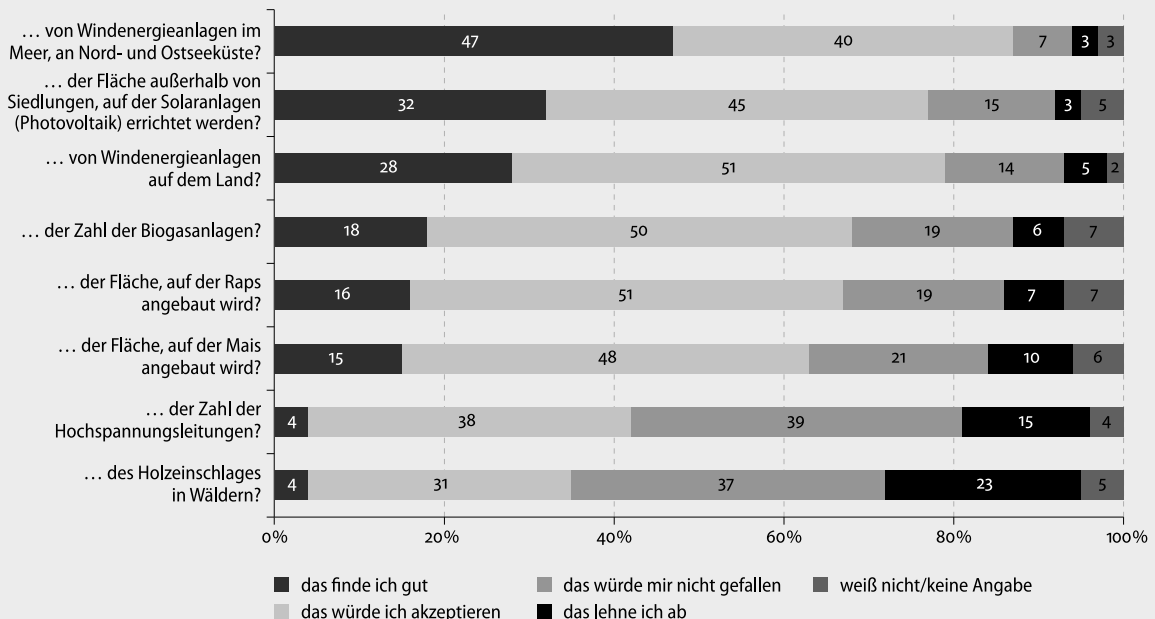
Zwar wurden in dem Entwurf 2.100 Kilometer Höchstspannungsleitungen in verlustarmer Gleichstromtechnik eingeplant. Die können sehr effizient den überregionalen Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch im Stromnetz leisten und gleichzeitig die negativen Auswirkungen elektromagnetischer Strahlung verringern. Aber bei der weiteren Konkretisierung der Planungen müssen innovative Technologien wie die Erdverkabelung stärker berücksichtigt werden, insbesondere dort, wo Mensch und Natur durch Freileitungen unzumutbar beeinträchtigt werden und Entlastungen für den Naturhaushalt geschaffen werden könnten.

**Neuer Netz-
entwicklungsplan:
Beteiligung und
Diskussion unerwünscht**

**Umweltprüfung
ohne Einfluss**

Abb. 1: Akzeptanz von Landschaftsveränderungen durch die Energiewende

Wenn wir künftig mehr erneuerbare Energien nutzen wollen, wird das zu Veränderungen unserer Landschaften führen. Wie bewerten Sie die mögliche Zunahme ...



Eingriffsregelung: der neue Sündenbock

Mit dem neuen Bundesnaturschutzgesetz 2010 sowie der Debatte über die Folgen des Netzausbaus und über weitere Standorte für Wind- und Photovoltaikanlagen wurde die bereits 2011 begonnene Auseinandersetzung um die dabei entstehende Flächenkonkurrenz lauter. Insbesondere der Deutsche Bauernverband und verschiedene Politiker missbrauchen die realen Konflikte, um die Eingriffsregelung im Bundesnaturschutzgesetz in Frage zu stellen. Bis zur Grünen Woche 2012 versuchte sich der Deutsche Bauernverband mit einer Flächenfraßkampagne zu profilieren. Der Verband protestierte gegen den zunehmenden Flächenverbrauch landwirtschaftlicher Flächen. Unstrittig ist das Problem: Immerhin werden jede Minute in Deutschland 570 Quadratmeter für den Bau von weiteren Häusern, Straßen und Gewerbegebieten zerstört. Das sind 82 Hektar pro Tag oder jede Stunde die Fläche von fünf Fußballfeldern. Aber nicht die überbauten, betonierten Flächen standen im Fokus der Kampagne des Bauernverbands, sondern die sogenannten »Ausgleichs- und Ersatzflächen«, die entstandene Schäden durch die Baumaßnahmen ausgleichen sollen. Was der Bauernverband dabei geflissentlich übersah: Je weniger Eingriffe passieren, desto weniger Kompensationsflächen braucht es. Konsequente Vermeidung von Eingriffen und erfolgreicher Naturschutz sind die Lösung der existierenden Probleme und keine zusätzliche Belastung.

**Der falsche Gegner:
Flächenfraßkampagne
des Bauernverbands**

Aber auch die Politik versuchte erneut, den Natur- und Artenschutz zum Sündenbock für die in ihren Augen zu langsam verlaufende Energiewende zu machen. Bundeswirtschaftsminister Rösler profilierte sich mit Vorschlägen zur Aufweichung bzw. Aussetzung der geltenden Eingriffsregelung im Naturschutzrecht beim Netzausbau, gleichbedeutend mit der Aushebelung geltenden europäischen und nationalen Rechts. Dieser Beitrag der FDP ist geeignet, die gesellschaftliche Akzeptanz für die benötigten Energieinfrastrukturen zu verspielen. Was der Minister offenbar nicht mitbekommen hat: Fast zeitgleich bekannten sich verschiedene Netzbetreiber und Umweltverbände aus ganz Europa zur Entwicklung des künftigen Stromnetzes im Einklang mit den Naturschutzzielen und unterzeichneten dazu eine gemeinsame Vereinbarung: die »European Grid Declaration on Electricity Network Development and Nature Conservation in Europe«.³ Auch die Europäische Kommission hat sich mehrfach zur Einhaltung der Natura 2000-Richtlinien beim Netzausbau bekannt.

**Minister
auf dem Holzweg**

Auch Verkehrsminister Peter Ramsauer machte den Natur- und Artenschutz als angebliches Hindernis und Feindbild für die Umsetzung der Energiewende aus: Er forderte Windparks auf hoher See auch dann zu bauen, wenn es durch das Rammen der Fundamente zu irreparablen Schäden für die streng geschützten Schweinswale kommt, Deutschlands einziger heimischer Walart. Der Schweinswal ist zunehmend durch lärmintensive Meeresnutzungen, insbesondere aber durch die Rammarbeiten beim Bau von Fundamenten für Windräder auf See gefährdet. Konsequente Ruhezeiten und -zonen und die aktuellen Entwicklungen bei der Weiterentwicklung technischer Schallschutzmaßnahmen würden das Problem entschärfen, ohne die Energiewende zu gefährden. Auch hier ein blinder Fleck in der Wahrnehmung vieler Politiker: Das Einhalten der nationalen und internationalen Verpflichtungen des Arten- und Lebensraumschutzes sind für die Akzeptanz der Energiewende unverzichtbar.

**Blinder Fleck
in der Wahrnehmung**

Die andauernden Diskussionen über die Umsetzung der Eingriffsregelung beim Netzausbau führten letztlich dazu, dass der Weg für eine bundeseinheitliche Kompensationsverordnung nach § 15 Bundesnaturschutzgesetz zwischen Bund und Ländern frei wurde. Bis vor wenigen Monaten wurde zwar eine einheitliche Regelung des Ausgleichs von Eingriffen vom Landwirtschaftsministerium und auch von einigen Bundesländern blockiert. Anfang 2013 soll aber nun diese Verordnung im Bundesrat verabschiedet werden. Bei der Ausgestaltung kommt es jetzt darauf an, dass anstelle des realen Naturschutzes keinem finanziellen Ablasshandel per Ersatzgeld Tür und Tor geöffnet wird und die materiellen Standards nicht gesenkt werden (siehe zum Ganzen auch den Beitrag von Magnus Wessel in diesem Kapitel, S. 182–186).

20 Jahre Natura 2000: Zögern und Zaudern in Deutschland

Am 21. Mai 2012 feierte die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) ihren 20. Geburtstag. Zeit um Bilanz zu ziehen: Fast ein Fünftel der EU-Landfläche steht unter Natura 2000-Schutz, in

etwa die doppelte Fläche Deutschlands. Die Entscheidung für das Natura 2000-Programm im Jahr 1992 war weitsichtig und für die europäische Naturschutzpolitik ein ganz wichtiger Meilenstein. Deutschland jedoch gehörte und gehört bis heute zu den Zögernden und Zaudernden bei der Umsetzung von Natura 2000. So liegt die Gesamtfläche der Natura 2000-Schutzgebiete in Deutschland mit gut 15 Prozent weit unter dem EU-Durchschnitt von knapp 20 Prozent.

**Immense Verluste
an Grünland**

Vielorts fehlt es an verbindlichen Schutzverordnungen und Managementplänen für die Gebiete. Zahlreiche Flächen sind durch die intensivierte Land- und Forstwirtschaft bedroht. Dies gilt in besonderem Maße für die verschiedenen Grünlandtypen. Einer Studie des Naturschutzbunds Deutschland (NABU) zufolge zeigen Daten aus FFH-Gebieten in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, dass innerhalb von fünf Jahren in beiden Ländern durchschnittlich 36 Prozent Grünland durch Intensivierung, Überweidung und durch Umwandlung der Grünflächen in Ackerland verloren gingen. Auch für Norddeutschlands Vogelschutzgebiete zeigt die Studie ähnliche Verluste. Der Anteil an Grünland in den EU-Vogelschutzgebieten in Niedersachsen ist in den vergangenen zwölf Jahren um 31 Prozent gesunken.⁴

**Naturschutz
rechnet sich**

So besteht die große Gefahr, dass durch die fehlenden Schutz- und Managementmaßnahmen vor Ort sowie den eklatanten Finanzmangel das Natura 2000-Netzwerk ausgehöhlt wird. Die Europäische Kommission schätzt, dass ein funktionsfähiges Natura 2000-Netzwerk Umweltdienstleistungen für Wirtschaft und Gesellschaft im Wert von 200 bis 300 Milliarden Euro jährlich liefern kann. Dem stehen Kosten von lediglich etwa sechs Milliarden Euro gegenüber. Vier Milliarden – also drei Viertel dieses Bedarfs – könnten davon leicht durch die EU-Agrar- und Strukturfonds sowie eine Aufstockung des EU-Umweltfonds LIFE von derzeit 0,2 auf ein Prozent des EU-Haushalts gedeckt werden.

Die Debatte um die Ausgestaltung der EU-Strukturfonds inklusive des LIFE-Budgets wurde 2012 intensiv geführt. Der Bundesrat sprach sich für die Erhöhung des Budgets aus und forderte die Bundesregierung auf, sich bei den EU-Haushaltsverhandlungen dafür einzusetzen. Die Umweltverbände lobbyierten in Brüssel und in Deutschland die EU-Abgeordneten, das Budget zu erhöhen – teils mit Erfolg. Der Unterausschuss des Europäischen Parlaments fordert, dass das LIFE-Budget zehn Prozent der Kosten von NATURA 2000 umfassen soll. Dies wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Aber noch steht die abschließende Entscheidung im EU-Parlament dazu aus (Stand: Mitte November 2012).

Greening: Gute Gründe für eine umfassende EU-Agrarreform

Auch die Ausgestaltung der Greening-Vorschläge der EU-Kommission im Rahmen der Agrarförderung für die Jahre bis 2020 ist noch nicht endgültig geregelt und war in den vergangenen Monaten ein wichtiges Thema aller Umweltverbände auf nationaler und europäischer Ebene.

Es gibt genug gute Argumente für ein umfassendes Greening der Agrarpolitik (siehe hierzu auch den Beitrag von Kai Frobel in diesem Kapitel S. 173–177). Verschiedene aktuelle Studien verstärken die Forderungen nach einer Neuausrichtung der Agrarpolitik. Zeigen sie doch ganz deutlich, dass die intensive Landwirtschaft ein Haupttreiber der Vernichtung von biologischer Vielfalt ist und sich damit selbst die Produktionsgrundlagen entzieht.

**300 Millionen Vögel
weniger**

Die neuesten Zahlen des »Pan-European Bird Monitoring Scheme« des European Bird Census Councils (EBCC) belegen die dramatischen Wirkungen der Landwirtschaft auf unsere Vogelwelt: Wurden im Jahr 1980 noch rund 600 Millionen Vögel in Europa gezählt, hat sich ihre Zahl 30 Jahre später um die Hälfte reduziert. 300 Millionen Vögel weniger leben jetzt auf den Feldern und in den Wäldern der Europäischen Union! Schuld an diesem dramatischen Rückgang ist laut den Wissenschaftlern die Landwirtschaftspolitik der EU, welche die Intensivlandwirtschaft mit ihren Monokulturen fördert. Die Lebensräume der Tiere sind dadurch weitgehend vernichtet worden. Es gibt zu wenig geeignete Brutplätze und Futtermittel, was die Fortpflanzung der Vögel gefährdet. So gibt es laut EBCC heute nur mehr knapp 2,4 Millionen Rebhühner, das sind 82 Prozent weniger als 1980, als noch 13,4 Millionen dieser Tiere gezählt wurden. Die Zahl der Kiebitze, die bevorzugt am Rande von Wasserflächen leben, ging durch die Austrocknung bzw. Trockenlegung vieler Seen, Flüsse und Sumpfgebiete um rund 52 Prozent zurück.⁵

Und auch die Bedeutung von sogenannten Unkräutern für die Landwirtschaft wurde in einer neuen Studie belegt, die im Mai in der Fachzeitschrift »Science« veröffentlicht wurde.⁶ »Un-

kräutern« wie Disteln, Butterblumen und Klee kommt bei der Erhaltung der Biodiversität in der Landwirtschaft eine große Bedeutung zu. Diese »Unkräuter« haben zwischen einzelnen Arten eine verbindende Wirkung. Tiere und Pflanzen besitzen ganz eigene Lebensräume, die sich natürlich überschneiden. Den »Unkräutern« kommt dabei als verbindendes Element eine besondere Bedeutung zu. In der Studie wurden die Interaktionen einer Reihe von Tieren und Pflanzen in spezifischen »Netzwerken« untersucht, zum Beispiel im Netzwerk der Nahrungssuche. Die Forscher konnten dabei mehr als 1 500 Zusammenhänge zwischen 560 unterschiedlichen Organismen identifizieren, die durch sieben verschiedene Nahrungsnetze miteinander verbunden waren. Zu den untersuchten Organismen zählten unter anderem Schmetterlinge und Bienen, die Pflanzen bestäuben, Vögel, die Samen essen, Nagetiere sowie pflanzliche und tierische Parasiten.

**»Unkräuter«
wichtig im Netzwerk
der Nahrungssuche**

Die Studie konnte nachweisen, dass der Verlust einer Pflanze Auswirkungen auf das gesamte Ökosystem haben kann, wobei verschiedene Tiere und Pflanzen durch die Elimination bestimmter Pflanzen unterschiedlich betroffen sind. Der Verlust von Pflanzen hat auf Schmetterlinge und Bienen zum Beispiel einen merklich größeren Einfluss als auf Vögel. Die Wissenschaftler identifizierten auch bestimmte Pflanzen, die für ein gesundes Ökosystem in der Landwirtschaft besonders wichtig sind; dazu gehören Disteln, Wiesenkerbel, Klee und Butterblumen.

Die stetig zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft in Deutschland ist auch schuld daran, dass in Deutschland durch Bodenerosion 20-mal mehr fruchtbarer Boden verloren geht als sich nachbilden kann. Mit Kunstdünger wird fehlender Humus nur scheinbar ausgeglichen. Die Verfügbarkeit von Nährstoffen für die Pflanzen hängt nämlich von der Vielfalt und Zahl an Bodenorganismen ab. Diese werden jedoch zunehmend durch die Intensivlandwirtschaft dezimiert. Damit werden auch die Leistungen der Böden verringert. Forscher appellieren deshalb an die Agrarpolitik, die Bedeutung der Leistungen von Ökosystemen anzuerkennen und durch die EU-Agrarreform zu fördern.

**Immense
Bodenverluste ...**

In einer Hand voll fruchtbarem Boden finden sich Milliarden Insekten, Gliederwürmer, Springschwänze, Fadenwürmer, Protozoen, Algen, Pilze und Bakterien. Sie leisten unentbehrliche Dienste für uns: Pro Hektar wandelt diese unbeachtete biologische Vielfalt bis zu 15 Tonnen organische Substanz in Humus um. Doch diese Ökosystemleistung des Bodens funktioniert nur unter guten Bedingungen. Die meisten landwirtschaftlich intensiv genutzten Flächen enthalten nur ein bis zwei Prozent Humus. Gesunde Böden dagegen haben Humusgehalte zwischen 3,5 und sechs Prozent.

Der Verlust der Artenvielfalt von Bodenorganismen ist vorrangig bedingt durch die Methoden der industriellen Landwirtschaft, wie verschiedene Studien zeigen konnten. Häufige Bodenbearbeitungen mit schwerstem Gerät verdichten die Böden. Die entstehende Staunässe reduziert die Zahl der Bodenorganismen, der Boden wird weniger stark durchwurzelt. Durch Wind- und Wasserabtrag gehen auf den halbsaisonal nackten Böden beim Anbau in Monokulturen in Deutschland pro Hektar und Jahr etwa 20 Tonnen fruchtbaren Bodens verloren. Demgegenüber wird maximal eine Tonne Humus pro Hektar jährlich neu gebildet. Dieses stetige Defizit entzieht uns nach und nach die Grundlage für eine dauerhaft produktive Land- und Forstwirtschaft.

**... durch intensive
Landwirtschaft
verursacht**

Auch für den Wasserhaushalt ist die biologische Vielfalt im Boden essentiell. Die Speicherkapazität des Bodens für Wasser und Nährstoffe hängt vom Humusanteil ab. Je weniger Humus, desto schneller werden Düngemittel ausgewaschen und fallen für die Pflanzen weg. Die zurückgehende Bodenfruchtbarkeit wird dann mit noch mehr Dünger bekämpft.⁷ Ein Teufelskreis! – So vernichtet die Intensivlandwirtschaft fast unbemerkt nach und nach ihre eigene Grundlage.

Rote Liste und Daten zur Natur: Rückgang der Arten nimmt dramatisch zu

Auch die Ergebnisse der nach 14 Jahren endlich aktualisierten Roten Liste der wirbellosen Tiere sind eindeutig: »Der Rückgang vieler Arten überwiegt die Zunahme einiger weniger Arten deutlich«, fasste BfN-Präsidentin Prof. Beate Jessel die Kernaussage dieser Roten Liste zusammen. Die aktuelle Rote Liste lenkt den Blick auf einige sonst wenig beachtete Artengruppen, die jedoch wichtige Funktionen in den Ökosystemen erfüllen: etwa die für die Bestäubung wildlebender Pflanzen entscheidenden Wildbienen, Schwebfliegen, Schmetterlinge und Wespen

oder auch weitere Hautflügler wie die Ameisen, die die Stoff- und Energieflüsse der Ökosysteme stark beeinflussen.

**Rote Liste wird
immer länger**

Die Auflistung umfasst alle in Deutschland lebenden wirbellosen Arten von insgesamt 17 Tiergruppen. Die Gefährdungsanalysen wurden für fast 6 000 Arten erstellt, 2 704 Arten stehen auf der aktuellen Roten Liste, sind also bestandsgefährdet, extrem selten oder bereits ausgestorben oder verschollen. Das entspricht 45,8 Prozent aller untersuchten wirbellosen Arten. Bei der Roten Liste von 1998 lag dieser Wert für die entsprechenden Artengruppen noch bei 38,3 Prozent. So weisen zum Beispiel die Wildbienen mit 52,2 Prozent der einheimischen Arten überdurchschnittlich viele Rote-Liste-Arten auf. »Die Vielfalt der Hauptbestäuber-Gruppe der heimischen Fauna ist also erheblich bedroht. Intensive Grünland- und Ackernutzung in den letzten Jahrzehnten gehören zu den bedeutendsten Gefährdungsfaktoren für diese Tiergruppe«, merkte Beate Jessel bei der Vorstellung der Listen an. Besonders dramatisch stelle sich die Situation bei den Ameisen dar, bei denen in den letzten 25 Jahren fast 92 Prozent der Arten einen negativen Trend aufweisen.⁸

**Auswirkungen
des Klimawandels
auf Tierwelt**

Ein weiteres neu überarbeitetes Datenwerk sind die »Daten zur Natur 2012«. Diese bieten einen aktuellen und umfassenden Überblick zum Zustand und zur Nutzung von Natur und Landschaft in Deutschland, der wissenschaftlich fundierte Daten und Informationen zur Gefährdung der biologischen Vielfalt und den bisher ergriffenen Maßnahmen zu deren Erhaltung enthält. Die Daten belegen laut Bundesumweltminister, dass es nach wie vor intensiver gemeinsamer Bemühungen auf Landes-, Bundes- wie auch internationaler Ebene bedürfe, um der Gefährdung von Natur und Landschaft entgegenzuwirken. Naturschutz müsse dabei in alle relevanten Politikbereiche integriert werden, um Schutz, Entwicklung und nachhaltige Nutzung der Natur zu ermöglichen.

Eines der Themen, denen sich die Daten zur Natur 2012 besonders widmet, sind die Auswirkungen des Klimas auf die heimische Tierwelt: 63 von rund 500 in Deutschland streng zu schützenden Arten weisen eine hohe Klimasensibilität auf. Sie werden als Hochrisikoarten eingestuft. Die meisten dieser Arten leben in Mooren und Wäldern, in Quellen und in Küstenlebensräumen.

Auch der Biomasseboom spielt in der Studie eine Rolle: So wird festgestellt, dass die Anbaufläche von Energiepflanzen in Deutschland 2011 1,97 Millionen Hektar betrug. Sie ist damit in nur einem Jahr um sieben Prozent angewachsen. Die Flächenkonkurrenzen steigen also weiter, artenreiches Grünland muss monotonen Maisschlägen weichen. Immer häufiger werden Zweifel am ökologischen und klimapolitischen Sinn der Energiegewinnung aus Biomasse angemeldet, da verschiedene Studien zu dem Schluss kommen, dass die derzeitige Form der Biomasseproduktion kaum (wenn überhaupt) dem Klimaschutz nutzt. Also höchste Zeit für die Politik, hier endlich umzusteuern.⁹

Agro-Gentechnik: verboten oder nicht nachgefragt

**Gentechnik: Angebot
ohne Nachfrage**

Deutschlands Felder glänzten 2012 durch die Abwesenheit von Gentech-Pflanzen: Lediglich auf 0,8 Hektar fanden Freisetzungsversuche statt. Kommerzieller Anbau: 0 Hektar. Denn der Mais Mon 810 von Monsanto ist weiterhin verboten, die Kartoffel Amflora der BASF ein Angebot ohne Nachfrage. Angeblich wegen der schlechten politischen und juristischen Rahmenbedingungen gab die BASF Anfang des Jahres ihren Rückzug aus Deutschland bekannt. Das hindert sie allerdings nicht daran, weiterhin gentechnisch veränderte Kartoffeln für Europa zu entwickeln. In dem Moment, in dem der Widerstand gegen Gentechnik nachlässt, wird die BASF ihre Gentech-Pflanzen sofort wieder aggressiv vermarkten.

Ende Februar 2012 hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig bestimmt, dass Saatgut, das mit für den Anbau nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen (GVO) verunreinigt ist, nicht auf hiesigen Feldern wachsen darf. Behörden haben weiterhin das Recht, den Umbruch der entsprechenden Felder auch dann anzuordnen, wenn sich erst nach der Aussaat herausstellt, dass es verunreinigt war. Das Urteil ist von grundsätzlicher Bedeutung für den Fortbestand einer gentechnikfreien Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in Deutschland.

Dafür braut sich auf EU-Ebene etwas zusammen: Über 30 Anträge auf Anbauzulassungen liegen dort vor, also für Pflanzen, die nach dem Willen von Monsanto, Syngenta, Bayer und Co.

künftig auf Europas Feldern wachsen sollen. Hauptsächlich geht es um Mais, aber auch um Soja, Zuckerrüben und Baumwolle. Das Gros dieser Pflanzen ist insektenresistent, jedoch liegen Anträge auch für etliche herbizidresistente Pflanzen vor.

Nachdem die Nulltoleranz für in der EU nicht zugelassene GVO in Futtermitteln Anfang 2011 gekippt wurde, stand 2012 die Nulltoleranz für in der EU nicht zugelassene GVO in Lebensmitteln zur Disposition. Durch gute Lobby-Arbeit des BUND und anderer Umweltverbände gelang es, dass Bundesverbraucherschutzministerin Aigner sich in Brüssel frühzeitig für die Nulltoleranz positionierte und damit ein Durchmarsch von EU-Kommission und Gentechnik-Lobby vorerst verhindert wurde. Trotzdem lassen die einschlägigen Kreise nicht locker.

Flusspolitik: Ansätze für ein Umdenken?

Derzeit deutet sich in der nationalen Flusspolitik endlich ein Umbruch an. Aufgrund des Finanzmangels kam das Bundesverkehrsministerium zur Erkenntnis, dass Verkehr nicht »herbeigebaut« werden kann. Infolgedessen wird die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) umstrukturiert und die Wasserstraßen werden vorwiegend nach dem Verkehrsaufkommen priorisiert. Dazu wurden Anfang des Jahres 2012 vom Bundesverkehrsministerium klare Zeichen gesetzt: Ausbauprojekte, die sich nur bedingt rentieren hätten und gegen die sich die Umweltverbände schon seit Jahren immer wieder engagiert haben, wurden von der Investitionsliste gestrichen. Beispiele sind die Kleinmachnower Schleuse sowie der Nicht-Ausbau der Stichkanäle am Mittellandkanal.

Auf der anderen Seite muss man zehn Jahre nach der Elbe-Flut feststellen, dass die Prioritäten im Hochwasserschutz nach wie vor in den technischen Lösungen gesehen werden und den Flüssen nicht ihr Raum zurückgegeben wird. Während der Bau von Hochwasserschutzmauern und die Erhöhung von Deichen zügig voranschreiten, sind die Flüsse weiterhin von ihren Auen abgeschnitten. Nur ein Drittel dieser ursprünglichen Überflutungsflächen steht noch zur Verfügung, ganze zehn Prozent davon sind noch in einem naturnahen Zustand. Die einzigen großen Rückdeichungsprojekte zur Wiedergewinnung von Überschwemmungsflächen sind im Rahmen von Naturschutzgroßprojekten durch Umweltverbände realisiert worden und nicht durch den staatlichen Hochwasserschutz.

Soll in Deutschland gerade aus Geldmangel auf unsinnige Ausbauprojekte verzichtet werden, scheint die Binnenschifffahrtslobby in Brüssel erfolgreicher zu sein. So gibt es grünes Licht für massiven Flussausbau von der EU-Kommission. Besonders betroffen kann davon die Donau sein. Der Ausbau soll zwar »nachhaltig« gestaltet werden, aber weder Alternativen noch ökologische Folgen werden thematisiert. Binnenschifffahrt und Wasserkraft werden pauschal als wichtiger Beitrag zum Klimaschutz gesehen. Hier gilt es also noch viel Überzeugungsarbeit für eine differenzierte Sichtweise in Brüssel zu leisten.

Verzicht auf unsinnige Ausbauprojekte bei Flüssen in Deutschland ...

... nicht jedoch auf EU-Ebene

Waldpolitik: neue Bedeutung in Zeiten des Klimawandels

In der Waldpolitik gab es Anfang des Jahres eine Anhörung zur Waldstrategie 2020 im Agrar-ausschuss des Bundestages. Die Umsetzung der waldbezogenen Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie geht nach wie vor schleppend voran. Bayern blockierte als einziges Bundesland das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Erhebung jener Waldflächen, die in Deutschland bereits einer natürlichen Entwicklung überlassen sind. Es ist zu hören, dass die Daten nur aggregiert veröffentlicht werden sollen, was einer Transparenz abträglich wäre. (Näheres hierzu im Kapitel »Wald« dieses Agrarberichts, s. u. S. 188–190.)

Die Ausarbeitung des Waldklimafonds durch das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) und das Bundesumweltministerium (BMU) begleiteten die Umwelt- und Naturschutzverbände mit verschiedenen Aktivitäten. Die Verbände forderten insbesondere, die finanzielle Ausstattung des Waldklimafonds zu verbessern und die Förderung auf Maßnahmen zu konzentrieren, die tatsächlich zusätzlich zur Klimaanpassung der Wälder und der Verbesserung ihrer Kohlenstoff-Speicher und CO₂-Senkenfunktion beitragen. Dazu gehören einerseits ökologisch nachhaltig bewirtschaftete, zunehmend naturnahe Wälder mit kontinuierlichem Vorratsaufbau, andererseits auf zehn Prozent der Waldfläche Gebiete mit dauerhaft

Wald: Bayern blockiert Biodiversitätsstrategie

natürlicher Waldentwicklung, die über viele Jahrzehnte kontinuierlich Kohlenstoff in Biomasse und Waldboden aufnehmen, bevor sie sich erst nach Jahrhunderten einem Gleichgewichtszustand (»steady state«) annähern.

**Forscher warnen
vor Übernutzung
der Wälder**

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) veröffentlichte im Juni sein Umweltgutachten 2012 »Verantwortung in einer begrenzten Welt«. ¹⁰ In dem Kapitel »Umweltgerechte Waldnutzung« empfehlen die Wissenschaftler eine Reihe von Maßnahmen, um konkurrierende Nutzungsansprüche auszugleichen. Das Gutachten löste eine intensive Debatte um die Waldwirtschaft in Deutschland aus. (Näheres hierzu im Kapitel »Wald« dieses Agrarberichts, s. u. S. 191–193.)

2012 veröffentlichte Studien der Leopoldina ¹¹ und des Umweltbundesamtes ¹² zeigen immer deutlicher die Grenzen der energetischen Nutzung von Holz. Das in Deutschland vorhandene Potenzial für Biomasse – auch von holzartiger Biomasse – reicht nicht aus, um die Energiewende im großen Maßstab über holzartige Biomasse abzudecken. Das Holz wird bereits dringend für die stoffliche Verwertung gebraucht – und damit als Ersatzstoff für in der Herstellung energieintensive Materialien wie Stahl, Beton oder Aluminium.

Anmerkungen

- 1 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Naturbewusstsein 2011. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt. Berlin, Bonn 2012. Abbildung 1 im Text ist der Studie entnommen (dort auf S. 19).
- 2 Download: www.netzentwicklungsplan.de/content/netzentwicklungsplan-2012-2-entwurf.
- 3 Download: www.50hertz.com/de/file/European_Grid_Declaration.pdf.
- 4 Pressemitteilung des NABU vom 21. Mai 2012: NABU zieht Bilanz zum 20-jährigen Bestehen des europäischen Schutzgebietsnetzes.
- 5 Siehe die Website des European Bird Census Council (www.eebc.info) sowie die Pressemitteilung des EU-Umweltbüros vom 30. Mai 2012: »Verlust« von 300 Millionen Vögeln durch Intensivlandwirtschaft in der EU seit 1980.
- 6 Michael J. O. Pocock, Darren M. Evans and Jane Memmott: The Robustness and Restoration of a Network of Ecological Networks. Science 24 February 2012; Vol. 335 no. 6071, pp. 973–977.
- 7 Verena Müller und Sebastian Tilch: Böden und Biodiversität: Die Intensivlandwirtschaft entzieht sich ihre eigene Lebensgrundlage. In: nefo – netzwerkforum zur biodiversitätsforschung deutschland (12. Juli 2012).
- 8 Bundesamt für Naturschutz: Inventur der Biodiversität in Deutschland geht weiter: BfN stellt neue Rote Liste der wirbellosen Tiere Deutschlands vor. Pressemitteilung vom 2. August 2012.
- 9 Pressemitteilung des BfN vom 17. September 2012: »Daten zur Natur 2012« vorgestellt.
- 10 SRU Umweltgutachten: Verantwortung in einer begrenzten Welt. Berlin 2012.
- 11 Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina (2012): Bioenergie: Möglichkeiten und Grenzen. Halle (Saale) 2012.
- 12 Umweltbundesamt: Globale Landflächen und Biomasse nachhaltig und ressourcenschonend nutzen. Dessau 2012.



Heidrun Heidecke

Bis 2012 Leitung Naturschutzpolitik des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

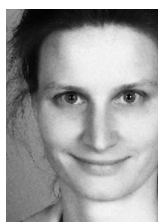
BUND e.V.
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
E-Mail: heidrun.heidecke@bund.net



Magnus Wessel

Seit 2013 Leiter Naturschutzpolitik des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

BUND e.V.
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
E-Mail: magnus.wessel@bund.net



Nicola Uhde

Wissenschaftliche Mitarbeiterin Naturschutzpolitik des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

BUND e.V.
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
E-Mail: nicola.uhde@bund.net